

Beigeordnete

Herr Burkhard Exner

Bürgermeister,
Beigeordneter GB 1

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller
Herr Kai Weber

DIE LINKE
SPD

entschuldigt
entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Andreas Groß
Herr Dr. Michael Hücker
Frau Evelin Krämer
Frau Sabine Tischendorf

AfD
Bürgerbündnis-FDP
DIE LINKE
SPD

abwesend
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Sabrina Dreier GB Zentrale Steuerung und Finanzen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung vom 17.02.2016 / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.12.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung vom 17.02.2016
- 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister,
Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung
- 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 4.1 *Beschlussvorlage*
 - 4.1.1 Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2013 und Entlastung des Oberbürgermeisters
Vorlage: 16/SVV/0056
Oberbürgermeister, FB Rechnungswesen und Steuern
RPA
 - 4.1.2 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte", Konkretisierung der Sanierungsziele im Bereich Neuer Lustgarten im Ergebnis der Planungswerksatt und

- Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan SAN-P 14 "Lustgarten"
 Vorlage: 16/SVV/0053
 Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.1.3 Kostenlose Nutzung des ÖPNV mit der Ehrenamtskarte
 Vorlage: 15/SVV/0723
 Fraktion DIE LINKE
- 4.1.4 Nachbarschafts- und Begegnungshaus Potsdam West
 Vorlage: 15/SVV/0891
 Fraktion DIE LINKE
 K/W, HA
- 4.1.5 Erweiterte Besetzung der Sekretariate an Schulen mit vielen Flüchtlingskindern
 Vorlage: 16/SVV/0001
 Fraktion DIE LINKE
 B/Sp.
- 4.1.6 Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Zusammenlegung der Biosphäre mit dem Naturkundemuseum in der Biosphärenhalle
 Vorlage: 16/SVV/0022
 Fraktion CDU/ANW
 WA KIS, HA
- 4.1.7 Kein Verkauf des Hauses 33 im Luftschiffhafen
 Vorlage: 16/SVV/0040
 Fraktion DIE aNDERE
 GSI, HA
- 4.1.8 Skaterhalle
 Vorlage: 16/SVV/0049
 Fraktion DIE LINKE
 B/Sp., HA
- 4.1.9 Verkehrsanbindung des Entwicklungsbereichs Bornstedter Feld
 Vorlage: 16/SVV/0020
 Fraktion CDU/ANW
 SBV (ff)
- 4.2 *Mitteilungen der Verwaltung*
- 4.2.1 Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen
 Vorlage: 15/SVV/0714
 Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung und FB Bildung und Sport
- 4.2.2 Kosten Taktverdichtung Schienenverkehr
 Vorlage: 16/SVV/0035
 Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 6 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung
- 7 Information über Kreditaufnahmen des KIS
 Vorlage: 16/SVV/0034
 Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Heuer, begrüßt die Ausschussmitglieder und die Vertreter der Verwaltung zur 16. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung vom 17.02.2016 / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.12.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung vom 17.02.2016

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7 Ausschussmitgliedern des Finanzausschusses anwesend.

Die Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen vom 16.12.2015 wird **einstimmig bestätigt**.

Bezüglich des Tagesordnungspunktes 4.1.6 – „Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Zusammenlegung der Biosphäre mit dem Naturkundemuseum in der Biosphärenhalle“ beantragt die Antragstellerin die Zurückstellung des Tagesordnungspunktes.

Die **geänderte** Tagesordnung wird **einstimmig bestätigt**.

zu 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung

Herr Exner informiert zur aktuellen Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam:

Zum aktuellen Zeitpunkt kann keine aktualisierte Prognose bezüglich des Steueraufkommens abgegeben werden, da wir uns noch am Jahresanfang befinden.

In Bezug auf die allgemeinen Zuweisungen 2015/2016 gibt es bei den Schlüsselzuweisungen vom Land eine positive Entwicklung. Gegenüber dem Planansatz 2016 rechnen wir mit Mehrerträgen von 6,8 Mio. Euro.

Herr Exner informiert weiterhin zur Frage „Nachtragspflicht Haushalt 2016“. Aktuell besteht ein Mehrbedarf von gesamt 14,8 Mio. Euro. Abzüglich der Mehrerträge aus Schlüsselzuweisungen in Höhe von 6,8 Mio. Euro besteht ein Mehrbedarf von 8 Mio. Euro für 2016. Da der Fehlbetrag die 10 Mio. Euro-Grenze, wie in § 5 Nr. 4 a HH-Satzung geregelt, nicht überschreitet, ist zurzeit keine Nachtragspflicht erkennbar. Herr Exner weist darauf hin, dass die Haushaltslage weiterhin stetig zu beobachten ist, um ggf. rechtzeitig auf die eventuelle Notwendigkeit eines Nachtragshaushalts reagieren zu können.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Beschlussvorlage

zu 4.1.1 Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2013 und Entlastung des Oberbürgermeisters

Vorlage: 16/SVV/0056

Oberbürgermeister, FB Rechnungswesen und Steuern
RPA

Herr Exner erläutert anhand einer Präsentation die Ergebnisse des Jahresabschlusses 2013 der Landeshauptstadt Potsdam. In der Ergebnisrechnung wurde ein Überschuss von ca. 8,7 Mio. EUR erreicht. Die erwirtschafteten Überschüsse reichen dennoch nicht für die zukünftigen Herausforderungen, wie z. B. Wachsende Stadt, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen, aus.

Herr Exner weist daraufhin, dass es sehr wichtig ist, das Ergebnis aus der laufenden Verwaltungstätigkeit zu steigern. Nur so ist die Landeshauptstadt Potsdam zukünftig in der Lage, aus eigener Kraft zu investieren.

Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass trotz steigender Einwohnerzahl die Pro-Kopf-Verschuldung der Landeshauptstadt Potsdam steigt.

Herr Exner beantwortet die aus dem Gremium gestellten Fragen. Anschließend lässt der Ausschussvorsitzende die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

Die Vorlage wird **angenommen**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vom Kämmerer aufgestellten und vom Oberbürgermeister festgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 in der vorliegenden Fassung (Anlage 1). Der Jahresabschluss weist in der Ergebnisrechnung einen Gesamtüberschuss von € 8.727.912,01 aus. Der Gesamtüberschuss ergibt sich aus dem ordentlichen Ergebnis von € 6.357.773,46 und dem außerordentlichen Ergebnis von € 2.370.138,55.
2. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt darüber hinaus alle im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten bekannt gewordenen unabweisbaren über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2013 (Anlage 2). Die Unabweisbarkeit wurde durch das Rechnungsprüfungsamt im Rahmen der Jahresabschlussprüfung bestätigt.
3. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Schlussbericht des

Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013 (Anlage 3) zur Kenntnis.

4. Dem Oberbürgermeister wird, entsprechend der Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes, nach § 82 Absatz 4 BbgKVerf uneingeschränkte Entlastung für das Haushaltsjahr 2013 erteilt.

zu 4.1.2 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte", Konkretisierung der Sanierungsziele im Bereich Neuer Lustgarten im Ergebnis der Planungswerksatt und Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan SAN-P 14 "Lustgarten"

Vorlage: 16/SVV/0053

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Nicke – Geschäftsführer Entwicklungsträgers Bornstedter Feld GmbH, der Sanierungsträgers Potsdam GmbH und der ProPotsdam GmbH bringt die Vorlage der Verwaltung ein. Anhand einer Präsentation werden die bisher erzielten Ergebnisse sowie der Masterplan vorgestellt.

Anschließend bringt Herr Kaminski folgenden Änderungsantrag von der Fraktion DIE LINKE ein:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschlusstext erhält folgende Fassung:

1. **Vor weiteren Aktivitäten zur Änderung der Sanierungsziele für den Lustgarten wird eine Bürgerbefragung durchgeführt über einen möglichen Erwerb und Abriss des Hotels "Mercure" durch die Landeshauptstadt Potsdam.**
2. **Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für den Erwerb des Hotels "Mercure" zu prüfen. Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im April 2016 vorzulegen.**

Daraufhin trägt Herr Goetzmann – Fachbereichsleiter 46 Stadtplanung und Stadterneuerung – die Anschauung der Verwaltung vor und empfiehlt die Zustimmung der Vorlage der Verwaltung und Ablehnung des Änderungsantrags.

In der anschließenden Debatte plädieren Herr Hintze und Herr Meyerhöfer ausdrücklich für die Ablehnung der Vorlage der Verwaltung. Weiterhin gibt Herr Hintze den Hinweis, dass im Falle einer Annahme der Vorlage der Verwaltung, der Hotelinhaber Anspruch auf einen Verlustausgleich hätte.

Folglich stellt Herr Hintze einen Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung der Vorlage 16/SVV/0053.

Der Vorsitzende stellt den Geschäftsordnungsantrag zu Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	0

Der Geschäftsordnungsantrag wird nicht angenommen.

In der fortführenden Diskussion wird u.a. die Frage: „Ist noch Platz für die Ausübung des Stadtfestes“, gestellt. Die Beantwortung der Frage erfolgt durch Herr Goetzmann.

In der folgenden Debatte stellt Herr Krause einen Geschäftsordnungsantrag auf Schließung der Debatte.

Der Geschäftsordnungsantrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 1

Der Geschäftsordnungsantrag wird angenommen.

Es wird über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 1
Ablehnung: 5
Stimmenthaltung: 0

Der Änderungsantrag wird **abgelehnt**.

Es wird über die Vorlage 16/SVV/0053 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 0

Die Vorlage wird **angenommen**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Sanierungsziele für den Bereich Lustgarten/Hafen werden auf der Grundlage der Ergebnisse der laut Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vom 06.11.2013 (DS 13/SVV/0249) durchgeführten internationalen und interdisziplinären Planungswerkstatt Lustgarten gemäß des in **Anlage 2** dargestellten Masterplans unter Finanzierungsvorbehalt konkretisiert.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Szenarien über die möglichen finanziellen Auswirkungen der Umsetzung dieser unter Finanzierungsvorbehalt gestellten Sanierungsziele zu entwickeln. Dabei soll eine phasenweise Umsetzung des Masterplans berücksichtigt werden, in deren letztem Schritt die Herstellung der "Wiese des Volkes" anstelle des Hotelhochhauses vorgesehen ist.

3. Auf dieser Grundlage ist der Stadtverordnetenversammlung spätestens vier Monate nach Beschlussfassung ein Finanzierungskonzept der Umsetzung des Masterplans als Grundlage der abschließenden Festsetzung der Konkretisierung der Sanierungsziele für den Bereich Lustgarten/Hafen vorzulegen.
4. Zur planungsrechtlichen Sicherung der Umsetzung der konkretisierten Sanierungsziele ist der Bebauungsplan SAN-P 14 "Lustgarten" gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (**gemäß Anlage 3**).

zu 4.1.3 Kostenlose Nutzung des ÖPNV mit der Ehrenamtskarte

Vorlage: 15/SVV/0723

Fraktion DIE LINKE

Herr Kaminski bringt die Drucksache ein.

Herr Heuer bringt einen neu formulierten Vorschlag – Änderung des Antrages – ein.

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Einbeziehung von Vereinen und Stadtverordneten zu prüfen, ob und ggf. wie die kostenlose Nutzung des ÖPNV für Inhaberinnen und Inhaber einer Ehrenamtskarte ermöglicht werden kann.

Eine Finanzierung soll im Zuge der Beratung des Doppelhaushaltes 2017/2018 geprüft werden.“

Der Änderungsvorschlag vom Vorsitzenden wird von Herr Kaminski angenommen.

Über den Änderungsvorschlag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

Der Antrag wird **geändert angenommen**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **unter Einbeziehung von Vereinen und Stadtverordneten** zu prüfen, **ob und ggf.** wie die kostenlose Nutzung des ÖPNV für Inhaberinnen und Inhaber **der einer** Ehrenamtskarte ermöglicht werden kann.

~~Ein Vorschlag, wie dieses Anliegen umgesetzt werden soll, ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 27. Januar 2016 zu unterbreiten.~~

Eine Finanzierung soll im Zuge der Beratung des Doppelhaushaltes 2017/2018 geprüft werden.

zu 4.1.4 Nachbarschafts- und Begegnungshaus Potsdam West
Vorlage: 15/SVV/0891
Fraktion DIE LINKE
K/W, HA

Herr Kaminski bringt den Antrag der Fraktion DIE LINKE ein.

Herr Kroop – Beauftragter Nachbarschafts- und Begegnungshäuser/ sozial-kulturelle Stadtteilarbeit – trägt die Anschauung der Verwaltung dazu vor.

Herr Kaminski stellt den Antrag auf Zurückstellung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, den erreichten Sachstand bei der Wiedernutzbarmachung der Immobilie der früheren Gaststätte „Charlottenhof“ in der Geschwister-Scholl-Straße zu erfassen sowie eine Problemanalyse und einen Vorschlag für die weitere Vorgehensweise gemeinsam mit dem Stadtteilnetzwerk Potsdam West bis März 2016 zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Ziel ist es, den weiteren Verfall der Immobilie aufzuhalten und mit Unterstützung der Stadt eine Perspektive zur öffentlichen Nutzung für den Stadtteil zu eröffnen.

zu 4.1.5 Erweiterte Besetzung der Sekretariate an Schulen mit vielen Flüchtlingskindern
Vorlage: 16/SVV/0001
Fraktion DIE LINKE
B/Sp.

Herr Kaminski bringt den geänderten Antrag vom 16.02.2016 aus dem Ausschuss für Bildung und Sport ein.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, Schulen, die eine größere Zahl von Flüchtlingskindern im Rahmen der Willkommensklassen oder im regulären Schulbetrieb betreuen, zusätzliche Wochenstunden für die Verwaltungsarbeit in den Sekretariaten zur Verfügung zu stellen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung am ~~06. April 2016~~ 04. Mai 2016 über die Erhöhung der Stundenzahl Bericht zu erstatten.

Frau Rademacher – Fachbereichsleiterin 21 Bildung und Sport – trägt die Ansicht der Verwaltung dazu vor.

Über die geänderte Fassung des Bildungsausschuss wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

Der geänderte Antrag wird angenommen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu **prüfen**, Schulen, die eine größere Zahl von Flüchtlingskindern im Rahmen der Willkommensklassen oder im regulären Schulbetrieb betreuen, zusätzliche Wochenstunden für die Verwaltungsarbeit in den Sekretariaten zur Verfügung zu stellen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung am ~~06. April 2016~~ **04. Mai 2016** über die Erhöhung der Stundenzahl Bericht zu erstatten.

zu 4.1.6 Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Zusammenlegung der Biosphäre mit dem Naturkundemuseum in der Biosphärenhalle

Vorlage: 16/SVV/0022

Fraktion CDU/ANW

WA KIS, HA

Die Vorlage wurde mit der Abstimmung der Tagesordnung **zurückgestellt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, die Pro Potsdam zu beauftragen, eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Zusammenlegung der Biosphäre mit dem Naturkundemuseum unter Einbeziehung weiterer Projekte in der Biosphärenhalle durchzuführen. Das Ergebnis ist in die weitere Betrachtung der Variante 4 sowie der Entscheidung über die Zukunft der Biosphärenhalle einzubeziehen.

zu 4.1.7 Kein Verkauf des Hauses 33 im Luftschiffhafen

Vorlage: 16/SVV/0040

Fraktion DIE aNDERE

GSI, HA

Herr Szilleweit von der Fraktion Die aNDERE stellt den Inhalt des Antrages vor.

Herr Nicke – Geschäftsführer Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH, der Sanierungsträger Potsdam GmbH und der ProPotsdam GmbH, trägt die Ansichten der Verwaltung dazu vor.

Frau Rademacher gibt den Hinweis, dass der Antrag nicht den Vorstellungen des beschlossenen Masterplans zur Entwicklung des Luftschiffhafens entspricht.

In der anschließenden Erörterung wird u. a. die Frage zur möglichen Unterbringung von Flüchtlinge im Haus 33 gestellt. Herr Richter – Werksleiter KIS – beantwortet ausführlich und verneinend die Frage.

Im Anschluss der Debatte wird über den o. g. Antrag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **0**

Ablehnung: **6**

Stimmenthaltung: **0**

Der Antrag wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, als Gesellschaftervertreter der Stadt Potsdam in der ProPotsdam GmbH zu veranlassen, dass der beschlossene Verkauf des Hauses 33 im Sportpark Luftschiffhafen gestoppt wird.

Stattdessen soll das Gebäude durch die städtische ProPotsdam so saniert werden, dass preiswerte Wohnungen für WBS-Inhaber*innen, Flüchtlinge und Studierende entstehen.

Die Stadtverordneten sind im April 2015 über den Sachstand zu informieren.

zu 4.1.8 Skaterhalle
Vorlage: 16/SVV/0049
Fraktion DIE LINKE
B/Sp., HA

Der Antrag „Skaterhalle“ wird von Herr Kaminski, Fraktion DIE LINKE, vorgestellt.

Frau Rademacher verdeutlicht die Ansichten der Verwaltung. Dabei gibt sie den Hinweis, dass die Vorlage im Bildungsausschuss abgelehnt wurde. Sie führt aus, dass die betroffene Halle nicht im kommunalen Besitz und demzufolge die Verwaltung auch nicht verpflichtet ist, eine Ersatzhalle zu finden. Die Skater wurden bis dato in der Halle geduldet.

Über den Antrag 16/SVV/0049 wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	0

Der Antrag wird **nicht angenommen**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung im April 2016 einen Vorschlag für die Einrichtung einer Skaterhalle in Potsdam vorzulegen.

Dabei geht es darum, die grundsätzlichen Voraussetzungen für eine ganzjährige sportliche Betätigung der Rollsportszene (Skateboard, BMX, Inliner) zu schaffen.

Für die Realisierung einer solchen Halle ist einerseits der Ausbau eines Bestandsobjekts und

andererseits ein Neubau an einem geeigneten Ort denkbar.

Ein Bestandsobjekt sollte gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein, eine

funktionierende Beleuchtung und Stromanschluss sowie mindestens ein Kaltwasseranschluss haben. Eine Miettoilette wäre ausreichend. Die Halle sollte mindestens 1200 Quadratmeter und eine Deckenhöhe von sechs bis acht Meter haben. Benötigt wird ein glatter Betonfußboden bzw. ein Boden, der unkompliziert glatt überbaut werden kann.

Für einen Neubau gelten die gleichen Anforderungen. Allerdings sollte insgesamt von 2000

Quadratmetern ausgegangen werden, um Rampen im Außenbereich errichten zu können, die auch im Sommer eine hohe Frequentierung gewährleisten.
In der Halle werden weder Tribünen noch Dusch- oder Umkleieräume benötigt. Der Innenausbau kann später separat durch Holzkonstruktionen erfolgen, unter Einbeziehung der Nutzerinnen und Nutzer.

zu 4.1.9 **Verkehrsanbindung des Entwicklungsbereichs Bornstedter Feld**

Vorlage: 16/SVV/0020

Fraktion CDU/ANW

SBV (ff)

Herr Heinzel bringt die Vorlage von der Fraktion CDU/ANW ein.

Herr Schüler schlägt vor, die zwei Punkte der Vorlage getrennt abzustimmen.

Herr Goetzmann – Fachbereichsleiter 46 Stadtplanung und Stadterneuerung – trägt die Anschauung der Verwaltung vor. Er macht darauf aufmerksam, dass die Erläuterung in der 1. Begründung (2. Zeile) „... *Verbindungsstück zur Pappelallee...*“ falsch ist. Weiterhin gibt er den Hinweis, dass für das Vorhaben in der Investitionsplanung keine Planansätze vorhanden sind.

Herr Heinzel stimmt dem Vorschlag von Herrn Schüler zu und bittet um getrennte Abstimmung der zwei Absätze des Antrags.

Der erste Absatz des Antrags wird zur Abstimmung gestellt:

- 1. Die Nordanbindung des Entwicklungsbereiches Bornstedter Feld über die Straße Am Vogelherd bis zur Amundsenstraße in Qualität und Kapazität der Straßen im Wohngebiet herzustellen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	0
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	2

Der erste Absatz des Antrages wird **abgelehnt**.

Anschließend erfolgt die Abstimmung zum zweiten Absatz des Antrages:

- 2. Den Verkehr an der Einmündung der Erich-Mendelsohn-Allee in die Pappelallee durch eine Lichtsignalanlage zu regeln.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

Die Ausschussmitglieder **nehmen** den zweiten Absatz des Antrags **an**.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

- ~~1. Die Nordanbindung des Entwicklungsbereiches Bornstedter Feld über die Straße Am Vogelherd bis zur Amundsenstraße in Qualität und Kapazität~~

- ~~der Straßen im Wohngebiet herzustellen.~~
2. Den Verkehr an der Einmündung der Erich-Mendelsohn-Allee in die Pappelallee durch eine Lichtsignalanlage zu regeln.

~~Die Maßnahmen sind in den nächsten Haushalt aufzunehmen, falls sie nicht im laufenden Haushalt untergebracht werden können.~~

Beschlossene Maßnahmen sind in den nächsten Haushalt aufzunehmen, falls sie nicht im laufenden Haushalt untergebracht werden können.

zu 4.2 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 4.2.1 **Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen**

Vorlage: 15/SVV/0714

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung und FB Bildung und Sport

Frau Rademacher – Fachbereichsleiterin 21 Bildung und Sport – trägt die Mitteilungsvorlage der Verwaltung vor.

Der Ausschuss für Finanzen nimmt diese Vorlage **zur Kenntnis**.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Am 05.03.2014 beauftragte die Stadtverordnetenversammlung (DS 14/SVV/0097) den Oberbürgermeister, eine Evaluierung der Luftschiffhafen GmbH durchzuführen und Schlussfolgerungen zur weiteren Ausgestaltung der relevanten Vereinbarungen zu erarbeiten.

Anliegen war es, fünf Jahre nach Gründung und Übertragung der Betreiberaufgaben auf die Luftschiffhafen GmbH, Rückschau auf die Entwicklung am Standort sowohl aus infrastruktureller, wirtschaftlicher als auch aus Nutzersicht zu halten. Weiterhin sollten die Entwicklung bewertet und Erkenntnisse zur Optimierung für die weitere Entwicklung und Betreuung des Sportareals gezogen werden.

Mit der detaillierten Aufgabenbeschreibung bzw. dem Leistungsverzeichnis zum Zwecke der Auftragsvergabe befasste sich am 14.05.2014 der Hauptausschuss. Am 26.09.2014 erfolgte die Beauftragung der KPMG AG, die nunmehr den beigefügten Evaluationsbericht (siehe Anlage) vorlegt. Dieser Bericht enthält differenziert nach einzelnen Leistungsbausteinen und einem vorangestellten Analyseteil der Ist-Situation eine Reihe von Optimierungspotenzialen bzw. Handlungsempfehlungen unterschiedlicher zeitlicher und inhaltlicher Priorisierung.

Nach einer ersten internen Auswertung dieser Empfehlungen wurde seitens der Verwaltung eine Maßnahmenliste erarbeitet, die das Verfahren der Umsetzung insbesondere bzgl. der Priorisierung und der zeitlichen Realisierung in Abstimmung mit allen Beteiligten – der LHP, der Pro Potsdam GmbH und der Luftschiffhafen GmbH – grundlegend regeln soll. Diese Liste soll im weiteren Abstimmungsverfahren jeweils fortgeschrieben werden.

Danach ist die Umsetzung einzelner Maßnahmen wie folgt geplant:

**Gutachten zur Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am L
Handlungsempfehlungen / Optimierungsmaßnahmen**

Ifd. Nr.	Nummer	Beschreibung Optimierungspotenzial	Verantwortlich
1	Übergreifend	Erarbeitung und Beschluss einer Zielvereinbarung zwischen der LHP und der LSH	LHP, LSH

Ifd. Nr.	Nummer	Beschreibung Optimierungspotenzial	Verantwortlich
----------	--------	------------------------------------	----------------

Rechnungswesen und Controlling (Planung, Berichtswesen, Steuerung)

2	LB04-02	Definition eines einheitlichen Planungsprozesses (Wirtschaftsplan, Finanzierungsbedarfe): Planungskalender auf Basis der Haushaltsplanung der LHP	LHP
3	LB04-03	Weiterentwicklung des übergreifenden Berichtswesens: Standardisierung, Empfängerorientierung	LHP, LSH
4	LB05-01	Herstellung von Transparenz über die gesamten Aufwendungen inkl. Investitionen für das Areal Luftschiffhafen: Sammlung und Aufbereitung von Finanzinformationen	LHP
5	LB04-04	Durchführung eines Steuerchecks für die Betriebe gewerblicher Art: Prüfung der steuerrechtlichen Verhältnisse	LHP
6	LB04-06	Aufbau eines Konzern-Risikomanagements: Nutzung der in den Unternehmen vorhandenen Informationen	LHP

Geschäftsbesorgungsverträge und weitere Verträge

7	LB07/08-01	Anpassungen vertraglicher Regelungen: Erweiterung Zuwendungsvertrag zum Wohnheim um Regelung zu Rückforderungen, Erweiterung des Geschäftsbesorgungsvertrags zwischen der LHP und der LSH um Facility Management	LHP, LSH, Pro Potsdam
8	LB04-01	Überarbeitung des Geschäftsbesorgungsvertrags zwischen der LHP und der LSH zur Verbesserung des Verfahrens zur kommunalrechtlichen Abschlusserstellung und der Steuererklärung der Betriebe gewerblicher Art: Vereinbarung Ablaufplan und Abschlusskalender für Jahresabschluss und Steuererklärung	LHP, LSH
9	LB02-02	Verfahren im Umgang mit neu zu bewirtschaftenden Sportanlagen: Klausel im Vertrag	LHP, LSH
10	LB07/08-01	Anpassung vertraglicher Regelungen: Erweiterung Geschäftsordnung der Geschäftsführung u. a. im Hinblick auf Interessenkonflikte	LHP, Pro Potsdam
11	LB02-01	Implementierung eines Vertragsmanagements: Abbildung aller Verträge, die das Areal betreffen	LHP

Zusammenarbeit			
12	LB09-01	Bessere Gremienorganisation: Abstimmung der Aufgabenbereiche zwischen Beirat, Steuerungsrunde und Aufsichtsrat	LHP, LSH, Pro Potsdam
13	LB03-01	Verfahren zur Regelung von Interessenskonflikten: Etablierung eines geordneten Verfahrens, um die Interessen der LHP zu wahren	LHP, LSH
14	LB09-03	Verbesserung der Kommunikation zwischen der Landeshauptstadt Potsdam, der Luftschiffhafen Potsdam GmbH und der Pro Potsdam GmbH	LHP, LSH, Pro Potsdam
Bewirtschaftung / Nutzerangelegenheiten			
15	LB09-02	Durchführung einer Aufgaben-/ Organisationsanalyse: Untersuchung der mit dem Areal befassten Organisationsbereiche der LHP	LHP
16	LB03-02	Verstärkung und Abstimmung des Standortmarketings: Integration der Maßnahmen von LSH und LHP	LHP, LSH
17	LB03-05	Durchführung einer regelmäßigen Nutzerbefragung: Erhebung der Daten im zweijährigen Turnus	LHP, LSH
18	LB01-03	Einrichtung eines Gebäudekatasters: Zusammenfassung aller Gebäude und ihres Sanierungsstandes	LHP, LSH, Pro Potsdam
19	LB01-01	Ausstattung der Landeshauptstadt Potsdam mit adäquaten Steuerungs-instrumenten: Einführung eines Projekt- und Maßnahmencontrolling	LHP
20	LB04-05	Aufbau eines Fördermittelmanagements: Harmonisierung des Mittelzuflusses mit dem Ablauf der Bauprojekte	LHP
21	LB06-01	Anpassung des Erlös- bzw. Betreibermodells der MBS-Arena: Erhöhung der Einnahmen aus Sportveranstaltungen, ggf. Herauslösung aus der Sportanlagen-Nutzungs- und Vergabeordnung	LHP
22	LB06-02	Anpassung der Sportanlagen-Nutzungs- und Vergabeordnung und der Nutzungsverträge: Änderung der kostenfreien Nutzung für Vereine	LHP
23	LB03-04	Verlagerung der Nachfrage nach zentralen Sportstätten: Entlastung des Areals insbesondere im Schwimmbereich durch Neubau oder Nutzungsverlagerung in bestehende Objekte außerhalb des Areals Luftschiffhafen	LHP
24	LB01-02 LB04-07	Verbesserte Ressourcenausstattung der LHP im Hinblick auf berufliche und Finanzmanagement-Kompetenzen: Schaffung einer Vollzeitstelle	LHP
25	LB03-03	Vorsichtige Kommerzialisierung des Luftschiffhafens: Gezielte Vermarktung von Sportstätten, Verstärkung des Sponsorings	LHP, LSH, ProPotsdam

Verfahrensweise zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen / Optimierungsmaßnahmen

Zur Steuerung der Umsetzung vorstehender Maßnahmen ist die Einrichtung eines geschäftsbereichsübergreifenden Projektteams gemeinsam mit der Pro Potsdam und der Luftschiffhafen GmbH vorgesehen. Im Rahmen der Projektarbeit sollen sämtliche Entscheidungen getroffen bzw. vorbereitet werden, die im Zusammenhang mit der Umsetzung der Optimierungsmaßnahmen zur Betreibung des „Sportparks Luftschiffhafen“ stehen. Die Projektleitung hierfür ist im Fachbereich Bildung und Sport vorgesehen. Über den Projektfortschritt soll regelmäßig im Ausschuss für Bildung und Sport berichtet werden.

zu 4.2.2 Kosten Taktverdichtung Schienenverkehr

Vorlage: 16/SVV/0035

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann – Fachbereichleiter 46 Stadtplanung und Stadterneuerung trägt die Mitteilungsvorlage vor.

Auf die Nachfrage hin, wann mit einem Bericht zu rechnen ist, äußert Herr Goetzmann, dass es schwierig ist, aber zum Ende des Jahres möglich wäre.

Der Ausschuss für Finanzen nimmt diese Vorlage **zur Kenntnis**.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Mit dem Beschluss zu DS-Nr. 15/SVV/0315 wurde der Oberbürgermeister beauftragt, die Kosten und die Rahmenbedingungen für eine Verdichtung der Linie RE1 auf einen 15-Minuten-Takt zu ermitteln und darzustellen.

Im Zuge der Mitteilungsvorlage 15/SVV/0506 wurden die zu erwartenden Kosten einer Taktverdichtung auf mindestens drei Millionen Euro pro Jahr beziffert. Dabei wurde noch einmal deutlich gemacht, dass entsprechend des derzeit laufenden Verkehrsvertrages zwischen dem Land Brandenburg und der DB AG eine kurzfristige Verdichtung der Linie RE1 allerdings nicht realisierbar ist. Darüber hinaus wurde im Hinblick auf die Rahmenbedingungen darauf hingewiesen, dass die vorhandenen Streckenkapazitäten äußerst begrenzt sind. Schließlich wurde auf eine aktuell durchgeführte Untersuchung des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) in diesem Zusammenhang verwiesen.

Dazu kann nunmehr ergänzend zur genannten Mitteilungsvorlage berichtet werden, dass im Auftrag des MIL durch den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) das ÖPNV-Verkehrskonzept 2020/2030 (einschließlich der so genannten „Korridoruntersuchung“) auf den Weg gebracht worden ist. Das Konzept soll gleichzeitig die Grundlage für den neuen Landesnahverkehrsplan bilden (u.a. für den Korridor Werder/Havel - Potsdam – Berlin). Derzeit werden die dafür erforderlichen Verkehrsdaten (z.B. Einwohner- und Pendlerzahl-entwicklung) ermittelt und zusammengetragen. Sie sind dann die Grundlage für die Analyse und Prognose des zukünftigen Bedarfs an Verkehrsangeboten auf Schiene und Straße. Erste Zwischenergebnisse werden nach Aussage des VBB vermutlich Ende ersten Quartals 2016 vorliegen und sollen daran anschließend mit den Aufgabenträgern und Verantwortlichen für den ÖPNV diskutiert werden.

Über das Ergebnis der Untersuchung kann daher noch nicht abschließend

berichtet werden. Sobald die oben genannten Zwischenergebnisse vorliegen, wird eine weitere Berichterstattung erfolgen können.

zu 5 Sonstiges